

Werk

Titel: Rezensionen / Book reviews

Ort: Duisburg ; Essen

Jahr: 2014

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?636201856_0013 | LOG_0014

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Philipp Rauh / Karl-Heinz Leven: Ernst Wilhelm Baader (1892–1962) und die Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus, Peter Lang: Frankfurt am Main 2013. 257 Seiten. € 46,95

Während der 1970er Jahre wurden mehr und mehr die Arbeitsmedizin und die Tätigkeit der arbeitsmedizinisch ausgebildeten Betriebsärzte thematisiert. In italienischen Arbeiterkämpfen bei Fiat, Olivetti und anderen Betrieben, insbesondere aber in der oberitalienischen Chemieindustrie, hatten kämpfende Arbeiter und kritische Intellektuelle die reaktionäre Rolle der dortigen Arbeits- und Betriebsmedizin unterstrichen. Sie konnten zeigen, dass das, was Betriebsärzte taten, meist nur Selektionsmedizin war. Diejenigen Arbeiter, deren Gesundheit verschlissen war, meldeten sie den Betriebsleitungen als dauerhaft arbeitsunfähig, mit der Folge, dass kranke Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Bemühungen um die Herstellung gesundheitsgerechterer Arbeitsbedingungen sahen sie nicht als ihre Aufgabe. Die italienischen Kämpfer forderten daher, dass die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr an Arbeitsmediziner delegiert werden, sondern in die eigenen Hände genommen werden müsse. „*Non delegata*“ war das Schlagwort, „Arbeitermedizin“ das neue Konzept. In Deutschland war die Situation keine grundlegend andere. Auch bei BASF, Thyssen und Opel sortierten Betriebsärzte Arbeiter/innen aus, die ihrer Meinung nach nicht mehr leistungsfähig waren, und setzten sie damit auf die Abschussliste. Nur besonders verdiente Angehörige der Stammbeschaften konnten hoffen, einen „Schonarbeitsplatz“ zu bekommen. Krankheit war ein Zeichen der Schwäche, genauer: der Schwächlichkeit, oder – schlimmer – ein Zeichen des Simulanten­tums. Darin war die Arbeitsmedizin immer ganz groß: Simulanten zu „enttarnen“.

Doch die damalige Situation war komplizierter, komplexer, verwickelter. Wer Anfang der 1970er Jahre das Problem der gesundheitszerstörenden Arbeitsbedingungen in der deutschen Industrie aufwarf, hatte viele Gegner. Die Gewerkschaften hatten in vielen

Tarifverträgen schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeit mit finanziellen Zulagen verknüpft, sodass Arbeiter/innen unterer Lohngruppen sich ihre Gesundheit oftmals abkaufen ließen. Das war im Übrigen in der DDR nicht anders. Wer von Zulagen lebte, dem waren die „Gesundheitsapostel“ Feinde. Doch als mächtiger und hoch aggressiver Gegner erwies sich das Medizinsystem und insbesondere die Arbeitsmedizin höchstselbst. Wer in ihren eigenen Reihen – oder noch schlimmer: auf ihren Veranstaltungen, in ihren heiligen Hallen – kritische Fragen stellte, riskierte den beruflichen Ausschluss, kam auf diverse schwarze Listen und geriet mitunter auch ins Fadenkreuz des Verfassungsschutzes. In den Auseinandersetzungen wurde relativ schnell klar, dass die führenden Vertreter der Arbeitsmedizin eng mit der Industrie liiert waren und sich auf eine bislang ungebrochene Tradition stützen konnten, deren Hauptwurzeln im Nationalsozialismus zu finden waren. Nur wenige kritische Mediziner wie Karl Heinz Roth, Sepp Graessner, Gine Elsner, Rainer Müller und nur wenige Historiker wie Dietrich Milles begannen in den 1970er Jahren, sich mit der unheilvollen Geschichte der Arbeitsmedizin auseinanderzusetzen. Beim Gesundheitstag 1980 trugen Roth und Graessner erste Ergebnisse vor, 1985 folgende legten Elsner, Müller, Milles und andere Forscher/innen, vorwiegend der Universität Bremen, weiteres Material vor. Die Bremer Hochschullehrer/innen Müller und Elsner, die zugleich auch Fachärzte/-ärztinnen für Arbeitsmedizin waren, und weitere Arbeitsmediziner/innen, denen eine enge Verbindung zu „den Bremern“ nachgesagt wurde, galten bei der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin als „unerwünschte Personen“. Sie wurde gleichsam exkommuniziert. Stattdessen hob man die vermeintlichen Säulenheiligen der arbeitsmedizinischen Tradition wie etwa die Arbeitsphysiologen Atzler und Lehmann und dann immer stärker Baader auf den Sockel.

Von Atzler und Lehmann wusste man längst, dass sie überzeugte Nazis waren. Baader galt als Mitläufer, und nach ihm benannte man dann in den 1980er Jahren auch den Ernst-Wilhelm-Baader-Preis

für besondere Verdienste auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin. Ebenfalls nach ihm benannt wurde die Ernst-Wilhelm-Baader-Gedächtnis-Vorlesung bei der jährlichen oder zweijährlichen Jahrestagung der Fachgesellschaft. Im Jahr 2000 veröffentlichte Gine Elsner, mittlerweile Ordinaria in Frankfurt, einen kritischen Artikel zu Baader, im Jahr 2011 ein ganzes Buch zu ihm. Nun war Baaders Verstrickung in den Nationalsozialismus „eigentlich“ nicht mehr zu leugnen. Doch das Präsidium der arbeitsmedizinischen Fachgesellschaft wollte das immer noch nicht gänzlich wahrhaben, sodass Karl Heinz Leven, Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Universität Erlangen-Nürnberg, beauftragt wurde, erneut „dieser Sache“ nachzugehen. Man hoffte offenbar auf „Entlastung“. Doch es kam anders. Rauh und Leven haben eine sehr wichtige Studie vorgelegt, die noch einmal in ganzer Schärfe die Tradition der Arbeitsmedizin als Leistungs- und Selektionsmedizin herausarbeitet und exemplarisch an der Person Baader festmacht. Baader, ein Emporkömmling, der von der Vertreibung der damals führenden jüdischen Arbeitsmediziner wie etwa Ludwig Teleky profitierte, schloss sich auf verschiedenen Handlungsfeldern der NS-Gesundheitspolitik an. Baader wurde 1934 Professor und Direktor des Universitätsinstituts für Berufskrankheiten in Berlin-Neukölln. Doch das genügte ihm nicht. Er zeigte in seinem Ringen um einflussreiche Position in der NS-Medizin eine schier gnadenlose Rücksichtslosigkeit. Die Studie von Rauh / Leven belegt seinen Anpassungsdrang an die antisemitisch-rassistische Ideologie genauso wie seine bedenkenlose Mitarbeit an Wehrmachts- und Lagermedizin. Baader unterstellte, wie andere NS-Mediziner auch, kranken Arbeitern, wenn nicht gleich eine Ursache gefunden werden konnte, schnell ein „Simulantentum“. So abgestempelte Simulanten galten für ihn als „minderwertige Menschen“. Neu und über den bisherigen Forschungsstand hinausgehend ist der Nachweis der Autoren, dass Baader führend an Menschenversuchen mit russischen Zwangsarbeitern 1943/44 in Berlin beteiligt war. Es gibt zwar noch Forschungslücken, doch Baader zeichnete als Institutsdirek-

tor für Versuche mit verhungerten Russen verantwortlich. Es ging dabei um die „Behandlung“ von Zahnfleischerkrankungen mit Nikotinsäureamid und das Ausloten der maximal verträglichen Dosis. Man muss sich vergegenwärtigen: Die dem Tod geweihten Zwangsarbeiter wurden als Versuchsobjekte genutzt.

Entlassen aus US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, ließ sich Baader in Hamm nieder, wo er 1947 „entnazifiziert“ wurde. Er arbeitete als Internist am örtlichen Knappschafts-Krankenhaus und wurde alsbald auch dessen Direktor, bemühte sich aber gleichzeitig um die Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Karriere. 1951 wurde er zum Honorarprofessor für Pathologie und Klinik der Berufskrankheiten der Medizinischen Fakultät der Universität Münster ernannt. 1962 erhielt Baader, kurz vor seinem herzinfarktbedingten Tod, das Bundesverdienstkreuz. In der Zeit zwischen 1947 und 1962 vernetzte sich Baader mit allen seinen früheren Mitarbeitern und Kollegen, auch mit Teleky und anderen Emigranten, um das weltweite arbeitsmedizinische Wissen in einem Handbuch zu bündeln. Baader schaffte es, ein siebenbändiges und insgesamt fast 6.000 Seiten umfassendes Handbuch zusammenzustellen, das zwischen 1961 und 1963 herauskam. Noch in den 1980er Jahren wurde dies, auch von kritischen Arbeitsmediziner/innen, als beispiellose wissenschaftliche Großtat gefeiert. Unbestritten ist, dass man in „Baaders Handbuch“ auch heute noch viele wichtige Informationen finden kann, so zum Beispiel Kasuiken, das heißt detaillierte Arbeitsplatzbeschreibungen und Erkrankungsgeschichten, die später so nie mehr aufgeschrieben wurden. Wie gesagt: Es haben viele Arbeitsmediziner mitgewirkt, auch kritisch-engagierte. Zugleich aber machen manche Kasuiken stutzig, insbesondere wenn es sich um sehr genaue Schilderungen eines Vergiftungsverlaufs handelt. In der Regel finden sich keine genauen Angaben zu Person und Ort. Es muss vermutet werden, dass unter der Hand Ergebnisse von Menschenversuchen eingeflossen sind, auch von Versuchen, die in KZs durchgeführt wurden. Rauh / Leven machen in ihrer Studie deutlich, dass die Tradition medizinischer Forschung schon vor 1933

den Menschenversuch kannte und solche Versuche auch nach 1945 praktizierte – man denke etwa an die bewusste Exposition von Soldaten gegenüber radioaktiven Strahlen in der Wüste von Nevada. Einmal von den Beiträgen Telekys abgesehen, gibt sich in Baaders Handbuch immer wieder die Leistungsmedizin zu erkennen. Die Gesundheit des Arbeiters oder der Arbeiterin ist nicht deshalb zu schützen, weil er oder sie ein Mensch, sondern weil er oder sie Produktionsfaktor ist. An dieser Schräglage krankt die Arbeitsmedizin bis heute, auch wenn sie nunmehr versucht, sich vom Erbe des Nationalsozialismus zu lösen.

Auch die Autoren der hier besprochenen Studie bleiben in diesem inneren Widerspruch hängen, wenn sie schreiben, dass Baader „sicherlich“ kein Anhänger der Leistungsmedizin nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gewesen sei. Die DAF-Dokumente sind bis 1938 ganz auf der Linie der bis dahin artikulierten medizinischen und arbeitsmedizinischen Mehrheitsmeinung. Erst 1939, nach Kriegsbeginn, wandelt sich das Bild in Richtung Vernichtung durch Arbeit. Doch vorher gab es einen breiten Konsens. Die Vorstellung, dass Menschen im Arbeitsprozess möglichst lange, möglichst bis zum siebzigsten Lebensjahr, ausgepresst werden sollen, um die Dauer zwischen Ende des Arbeitslebens und Tod auf ein Minimum zu reduzieren, einte NS-Politik, Wissenschaft und praktische Medizin. Das konzedieren auch Rauh / Leven in ihrer Darstellung der Arbeits- und Leistungsmedizin im Nationalsozialismus. Wie also kommen sie zu dem Schluss, dass Baader nicht auf dieser Linie lag? Hier kann nur spekuliert werden. Das ist wahrscheinlich der Teil der Studie, der mit heißer Nadel gestrickt wurde, um den Auftraggeber nicht allzu sehr zu verschrecken. Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin (DGAUM), Hans Drexler, ist Professor für Arbeitsmedizin an der gleichen Fakultät wie die Autoren der hier diskutierten Studie. Und immerhin wurde die Studie finanziert von der Ernst-Wilhelm-Baader-Stiftung, deren Vorstandsvorsitzender ebenfalls Herr Drexler ist. Das ist eine – einmal sehr vorsichtig aus-

gedrückt – doch recht schwierige Konstellation. Gerade deshalb ist es erstaunlich, wie viel Material die Studie dennoch zutage befördert hat – Material, das hinreichen müsste, sich von Baader loszusagen, die Stiftung und die in seinem Namen vergebenen Stipendien und Preise umzubenennen, die in seinem Namen gehaltenen Gedächtnisveranstaltungen und die Lobpreisungen seiner Person in den Lehrbüchern ersatzlos zu streichen. Im April 2014 findet in Dresden die Jahrestagung der DGAUM statt. Ob es eine E. W.-Baader-Gedächtnis-Vorlesung geben wird, ist aus dem bisherigen Programm-Entwurf nicht ersichtlich, wohl aber, dass über Baader in einer gesonderten Sitzung diskutiert werden soll. Man wird sehen.

Wolfgang Hien

**Wolfgang Streek, *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Suhrkamp: Berlin 2013.
€ 24,95**

Wolfgang Streek war Mitbegründer des Sozialistischen Bundes, marxistischer 1970er-Jahre-Soziologe, in den 1990er und 2000er Jahren Mitglied zahlreicher Regierungskommissionen unter unterschiedlichen Regierungen, unter anderem Ende der 1990er Jahre einer der bekanntesten Vordenker von Schröders „Agenda 2010“. Jetzt hat er im Alter von fast siebzig Jahren (wieder) ein Buch geschrieben, das auf der antikapitalistischen Klaviatur spielt, und zwar nicht gerade leise. In *Gekaufte Zeit* geht es um nichts weniger als um eine grundlegende Kritik der neoliberalen politischen Ökonomie. Dass in diesem Zusammenhang von einer „Konterrevolution“ die Rede ist, deutet allerdings zugleich an, dass die nationalstaatliche Politik beziehungsweise kapitalistische Planung der 1950er bis 1970er Jahre in diesem Buch idealisiert werden. Dies wird bereits in einer expliziten Anrufung der staatlich induzierten keynesianischen Politik deutlich, die der „Eckstein des Gesellschaftsvertrags des Nachkriegskapitalismus“ gewesen sei, ein Motiv, das weniger explizit in jenen Passagen des Textes weiterentwickelt wird, in denen es um die Frage nach „Ratschlägen“ geht, durch die gesellschaftliche Alternativen konstituiert werden könnten. Das Problem der Kontinuität wird auch dort ausgeklammert, wo die Tendenz zur Ausweitung der privaten Verschuldung mit Colin Crouch als „Privatkeynesianismus“ bezeichnet wird (S. 68).

Das Buch entstand auf Grundlage dreier sogenannter „Adorno-Vorlesungen“ an der Universität von Frankfurt am Main. Es ist ein etwas lose zusammengefügt, sehr gut lesbarer, manchmal recht blumig verfasster Text entstanden. Der Autor selbst sagt, er zeige

„ein breites Bild, auf großer Leinwand gemalt“ (S. 18). Das mag, was die Reichweite der Entwürfe betrifft, richtig sein; die empirischen Grundlagen, die die Thesen belegen sollen, reduzieren sich allerdings wesentlich auf Entwicklungen im nordatlantischen Raum plus Japan. Für diesen relativ kleinen Teil der Weltgesellschaft zeichnet Streek die gegenwärtigen Krisenerscheinungen der Ökonomie aus einer historisierenden Perspektive nach. Als Soziologe kritisiert er die eher statischen Perspektiven seiner Fachdisziplin und plädiert für eine „Längsschnittanalyse“, die insbesondere den Wandel der politischen Ökonomie des globalen Nordens seit den späten 1960er Jahren in die eigenen Überlegungen einbezieht. Dabei kritisiert er einleitend die Modellbildung soziologischer Debatten (etwa der um die „*varieties of capitalism*“), die als „Querschnittsanalysen“ die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen nicht zu erfassen vermögen.

Im ersten Teil der Analyse wird wie anderswo von einer multiplen Krise ausgegangen und zugleich das Primat der Ökonomie betont: Die Krise sei eine der Banken, der Staatshaushalte und der Realökonomie beziehungsweise des Wachstums (S. 29). Der Kern der Erzählung ist, dass in dieser multiplen Krise hinsichtlich der Verschränkung von Ökonomie und politischer Legitimität eine „Verschiebung“ ausgelöst werde. Oder anders und in Streeks Worten gesagt: Der Staat habe seit den 1970er Jahren verschiedene „Notbehelfe“ geschaffen, um die Krise(n) der Ökonomie nicht in eine Krise der politischen Legitimation umschlagen zu lassen. Mit Geld sei Zeit gekauft worden (und werde es weiterhin), um soziale Konflikte zu vermeiden oder mindestens hinauszuzögern und zu entschärfen (S. 15). Im Anschluss an diese These wird eine etwas grobe historische Periodisierung angeboten, in der die 1970er Jahre als Epoche der Eindämmung sozialer Konflikte vermittels Inflation erscheinen, die 1980er Jahre als Dekade, in der vermittels Staatsverschuldung „Zeit gekauft“ wurde und die 1990er Jahre schließlich als Jahrzehnt einer zunehmend staatlich organisierten und vermittelten Privatverschuldung (S. 62 ff.).

Die These von der „gekauften Zeit“ ist nicht neu – die soziale Funktion und Relationalität von Staats- und Privatschulden und die damit untrennbar verbundene Logik der Austerität werden schon seit vielen Jahrzehnten in der kritischen Forschung diskutiert –, doch es ist bemerkenswert, wenn eine solche These von unerwarteter Seite geteilt wird. Man kann diesen Umstand als Hinweis darauf nehmen, dass antikapitalistisches Rasonieren auch einige Jahre nach 2008 *en vogue* ist, selbst bei Leuten, die noch vor wenigen Jahren und an nicht unwesentlicher Stelle an der Agenda des „tiefen Neoliberalismus“ der New-Labour-Epoche mitgearbeitet haben. Man sollte aber auch bemerken, dass die Komplexität des Gegenstandes globale Krise schon im ersten Teil des Textes sehr reduziert wird. Insbesondere erscheint der (bundesdeutsche, britische, schwedische) Staat als entscheidender, wenngleich „schwacher“ Akteur, der dauerhaft aber im Grunde vergebens gegen „das Monster“ des Neoliberalismus (so Streek auf S. 97 ff.) zu kämpfen habe.

Ihre Zuspitzung erfährt die These von der gekauften Zeit in Bezug auf die Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008, die als logische Konsequenz der verschiedenen krisenverdünnenden Mechanismen des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts erscheint. Ausgangspunkt der Krise sei die Sicherung der Massenloyalität durch freizügige Kreditvergabe an private Haushalte gewesen. Als Banken-, Fiskal- und Realökonomie-Krise hätte der Wirtschaftseinbruch von 2008 in sich alle „Verschiebungen“ der drei letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts enthalten (S. 29). Die aktuelle Krise, so wird durchaus nachvollziehbar argumentiert, sei im Grunde die Kulmination einer die sozialen Verhältnisse polarisierenden Tendenz, was namentlich durch der Erosion der Masseneinkommen seit den 1980er Jahren illustriert werde (S. 59). Am Ende des ersten Abschnitts wird es dramatisch: In Zukunft müsse, so Streek, „der Kapitalismus ohne die Friedensformel eines auf Pump finanzierten Konsumerismus auskommen“ (S. 78).

Insofern werde in der aktuellen Krise – wie vor allem im zweiten Teil des Textes ausgeführt – das „Ende des demokratischen Kapita-

lismus“ eingeläutet, indem dem „Staatsvolk“ gegenüber dem „Marktvolk“ immer mehr Macht genommen werde: Die ökonomischen Entscheidungen, insbesondere die zur Einführung von Austeritätsprogrammen, würden sowohl auf lokaler (Schuldenbremse, Defizite, schwindende Handlungsmacht lokaler Haushaltsführung) als auch auf transnationaler Ebene (Euro-Krise) jenseits der parlamentarisch verfassten Demokratie und durch nicht demokratisch legitimierte transnationale Institutionen gefällt. Der „Steuerstaat“ werde zum „Schuldenstaat“, die öffentlichen Leistungen würden mehr und mehr eingeschränkt, schließlich verschiebe ein „Investitionsstreik“ des Kapitals (S. 50 ff.) die Machtverhältnisse entscheidend gegenüber dem „Gesellschaftsvertrag“ der 1950er bis 1970er Jahre. Gearbeitet wird hier wiederum mit einem Motiv, das auch eine wachsende Distanz politisch-ökonomischer Entscheidungsprozesse von „dem Mann auf der Straße“ (S. 77) konstatiert: Es regiere eine „vom Alltagsleben völlig abgehobene Finanzdiplomatie“ (ebd.). Im Effekt dieser Argumentationskette verlieren allerdings beide Seiten des Antagonismus ihr Gesicht, denn „der Mann auf der Straße“ und „die Finanzdiplomatie“ sind keine Figuren, die Namen und Adressen haben können. Noch haben sie eine Geschichte, denn die Vorstellung einer „Nahdemokratie“ und einer Welt ohne Bürokratie und Entfremdung wird man wohl nur mit sehr viel Phantasie mit dem immer kurz vor der atomaren Katastrophe stehenden wilden Westen der 1950er und 1960er Jahre in Verbindung bringen können.

Im dritten Teil des Textes werden die Institutionen der EU, und zwar vor allem die Kommission, die mit einem ohnmächtigen Parlament schalte und walte, als Träger jener bürokratischen Maschinerie identifiziert, die den „Schulden-“ beziehungsweise „Konsolidierungsstaat“ präge und die Austeritätspolitik verstetige. Die EU sei ein auf mehreren Ebenen agierendes supranationales, nicht-demokratisches Regime (S. 158 u. a.), die in letzter Instanz den europäischen Einigungsprozess selbst unmöglich mache. Bei der seit Jahren betriebenen Politik gegenüber Griechenland und Spanien

habe es sich um eine „technokratische Rationalisierung“ und ein „Disziplinierungsinstrument“ gehandelt. Streek behauptet einen Gegensatz zwischen der früheren „Friedensmacht“ und dem heutigen „expandierenden marktwirtschaftlichen Imperium“ (S. 202).

Mittlerweile ist Streeks Ansatz vielfach kritisiert worden, insbesondere hinsichtlich seiner unmittelbaren politischen Konsequenzen. Denn unverhohlen spricht der Autor von einem Ausstieg aus der Währungsunion und der Perspektive einer (wenngleich als „vorläufiger Notbehelf“ gedachten) Re-Nationalisierung der politischen Entscheidungsprozesse und der Wirtschaftspolitik. Mit Bezug auf letztere denkt Streek vor allem an eine an das Bretton-Woods-System anknüpfende zielgerichtete Anpassung von Wechselkursen. Einwände gegenüber dieser Setzung werden unter anderem mit der Notwendigkeit der Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im europäischen Maßstab begründet (Habermas); andere Autoren kritisieren an Streek eine Fixierung auf Keynesianismus und Nationalstaat (Michael Brie) beziehungsweise eine mangelnde Differenzierung unterschiedlicher Ansätze innerhalb der (links-)keynesianischen Politik sowie eine holzschnittartige Historisierung derselben (Arne Heise).

In der Tat: Demokratisierung ist aus Streeks Sicht die Restituierung des „Staatsvolks“ und wird in erster Instanz als Rückkehr zum historischen Kompromiss des fordistischen Wohlfahrtsstaats gedacht. Dabei gehe es zunächst um eine Suspendierung neoliberaler Politiken; nur auf der Grundage eines solchen Rollbacks könne eine nachkapitalistische Gesellschaft überhaupt entstehen. Auch soziale Bewegungen werden in diesem Sinne verhandelt, und dies trotz des etwas pathetischen Gestus, der sagt, der Ansatz von „Occupy“ bestehe darin, gegenüber dem Durchgreifen des „Marktvolks“ sozusagen die Notbremse zu ziehen. Während der Staat das Feld des Politischen vollkommen besetzt hält und die „politische Ökonomie“ die Institutionen „des Kapitals“ mehr oder weniger unmittelbar übersetzt, bleibt für diese und andere Protestbewegungen nur die Rolle der letzten verzweifelten und im Grunde unpolitischen

Gegenwehr, der weder eine gestaltende Rolle noch überhaupt eine konkrete Form zugestanden wird: Es geht um „Wutausbrüche expressiver Natur“ (S. 220) oder „gelegentliche Straßenschlachten“ (S. 222). Während der Autor damit kokettiert, diesen Bewegungen nicht jegliche Legitimität abzusprechen, lassen Sprechposition und Wortwahl an dieser Stelle daran zweifeln, ob hier nicht doch weiterhin vom Regierungssitz aus gedacht wird.

Alles in allem spricht Streek von der Notwendigkeit, die politische Ökonomie zu reanimieren, aber ebendiese kommt, verstanden als kritische Analyse asymmetrischer Machtverhältnisse, im Grunde nicht vor. Die politischen Subjekte, die ihre Geschichte auch unter Krisenverhältnissen selbst machen (müssen), werden bei Streek virtuell kollektiviert und verstaatlicht („Staatsvolk“), ihre Bewegungen vielfältigster Art erscheinen als völlig marginalisiert. *Gekaufte Zeit* formuliert eine vehemente und oft nachvollziehbare Kritik der hegemonialen Wirtschaftspolitik, sehnt aber im Grunde lediglich wieder jene vermeintlich vernünftige Herrschaft herbei, zu deren historischer Pleite der Autor in den 1990er Jahren und danach eigenhändig beigetragen hat.

Peter Birke

John Randolph and Eugene M. Avrutin (eds), *Russia in Motion: Cultures of Human Mobility since 1850*, Urbana: University of Illinois Press, 2012. 287 pages. \$ 49.50

Beginning in early August 2013, and continuing through the fall, police and security forces stormed dormitories, apartments, and tent camps known to house immigrant workers in Moscow, Saint Petersburg, and other cities of the Russian Federation. Market and street sweeps targeted men and women who originate from Central Asia and the North Caucasus, many of them labor migrants trying to make a living far away from their places of birth. Media campaigns fueled the hate campaigns that local politicians employed in part to garner support for upcoming elections and for protecting “national security,” especially in preparation for the G20 summit in Saint Petersburg in September. This recent crackdown on immigrant laborers, who provide major parts of the Russian population with cheap vegetables, fruits and other goods, or build residential and business complexes or hotels for visitors of the Olympic Games in Sochi, is but one of numerous attacks on immigrant life in post-Soviet Russia. A peculiarity of the intensified criminalization of laborers and other non-Russians (notably from the contested republics in the Caucasus) is that most of them are citizens of states that, before 1991, were part of the Soviet Union. Those who would once have been internal migrants and compatriots are now considered immigrants; their current citizenship precludes mobility to and within Russia, and access to legal protection. This is not to say that migration and mobility within the Soviet Union were unrestricted. Nonetheless, the historical ties, which are at the root of much of the labor migration to Moscow, Saint Petersburg, Irkutsk and elsewhere, are often, and conveniently, obliterated.

The volume under review makes an important, if unintended, contribution to assessing current social and political dynamics within the former Soviet Union. *Russia in Motion*, with its attention to the interplay between migration and mobility and a history of shifting borders and political agendas from imperial to post-Soviet times, makes a strong argument for studying the “new pressures and possibilities for human movement across Russian space” that emerged since the early 19th century (p. 4). Population growth resulting from demographic changes and territorial expansion, industrial forms of transportation such as the steamboat and the railroad, and industrialization and continued expansion facilitated movement between borderlands and metropolises, villages and cities, and European and Siberian and steppe regions.

Noting the confluence of these shifts, the volume is a welcome addition to a recently increasing body of scholarship on mobility and space. It stands out by attempting to bring this scholarship into proximity with themes and questions of migration studies, which look to synthesize the study of personal aspirations, modes of governance, and technological progress in order to explain social, cultural, and political trends. Perhaps more importantly, the book is one of still too few that attempt to problematize population movement in Russia / the USSR not solely from a macro perspective, as an effect of state violence and economic planning, but to consider the complex, often contradictory motivations and modes of moving from one place to another. Contributors include scholars trained and based in North America, Western Europe and the former Soviet Union, many of them in the early stages of their careers. This diversity is valuable, as it offers up-to-date research as well as perspectives shaped by various trajectories and interests.

The book is divided into three thematic sections, each including four chapters on tsarist, Soviet, and post-Soviet eras. “Governing mobility” attends to institutional attempts to manage migration, primarily in the service of state expansion and surveillance. Chapters of “Social horizons” explore how perceptions of distance and

the ability to overcome it intersect with technological, social, and cultural considerations, while papers under "Model mobility" note how concepts of space impacted historical trends in Russia and the Soviet Union. Each section opens with a short essay that suggests common themes across the following chapters.

The chapters assembled under "Social horizons" are at the center of the volume, literally and figuratively. Eileen Kane's work on Odessa as a central hub for the hajj in late 19th / early 20th century, Anatolyi Remnev's ruminations on contradicting interpretations of Russians colonists, Jeff Sahedeo's study of the lives of citizens from the former Central Asian Soviet republic in Moscow and Leningrad, and Elena Tyuryukanova's exploration of "staying put," rather than getting on the road, as a survival strategy for current residents of Yaroslavl work like a lens on both understudied aspects of Russian / Soviet history and the rich field of migration and mobility studies.

Kane makes a forceful intervention into the study of Russian history more generally, emphasizing that the neglect of Islam as an important cultural force, and of the history of Muslims in particular, produces a significant gap in historiography, especially of social structures. Her study of both commercial and state agendas to streamline the organization of the Muslim pilgrimage destabilizes not only the image of Odessa as a Jewish city; it also suggests that not too long ago the diversity of peoples and religions within the Russian empire was considered a given rather than a threat. A similar shift of perception shines through in Sahedeo's survey of non-Russian migrants' memories of moving to Moscow and Saint Petersburg during Soviet times. While never fully and equally included in the networks of privilege, or able to maintain non-Russian national cultures, students and professionals from Armenia, Uzbekistan, or Chechnya who came to the European centers of the USSR experienced "a sense of tolerance that did not transfer into post-Soviet life" (p. 164). The forces and factors that facilitated these turns away from acknowledging Islamic culture and attemp-

ting to bring about a “friendship of the peoples” remain to be determined; otherwise raids such as those mentioned above will be unproductively presented as inevitable reactions against flows of immigration.

In the first section, Faith Hillis’ deep investigation of how the tsarist government first encouraged Jews to move to Kiev to help depolonize the city and later failed to stop Ukrainian populists from employing anti-Jewish propaganda adds a useful layer for understanding the history of anti-Semitism in the region. Chia Yin Hsu utilizes recent work on colonization and global cities to shed light on Russian colonization attempts in the Far East and to show how racial and ethnic hierarchies within and beyond Russian borders were constantly redefined.

The final section, “Model mobility,” ends with a thought-provoking chapter by Sarah Phillips on people with disabilities’ struggle for social justice in Ukraine. Her notes on the continuing impediments for people in wheelchairs to get from one place to another – because metro stations are inaccessible for anyone who cannot use an escalator, long-distance trains are too narrow for wheelchairs, and motorized public transport often precludes persons unable to walk on their own – confront the reader with important questions about mobility and its role in allowing for full citizenship, defined as the ability to participate in, and use, public spaces. The fairly young field of disability studies has championed the notion that “disabilities” result from social, structural, and environmental barriers, and not from individual impairments. Without drawing false analogies, Phillips’ analysis of the contrast between the growing emphasis on the need for flexibility and mobility as a precondition to participate fully in neoliberal, post-socialist societies and economies on one hand, and continuously reinforced borders for physical mobility on the other, points to a conundrum experienced by immigrants within and to the former Soviet Union, but also many other countries.

With *Russia in Motion*, Randolph and Avrutin avoid many of the traps of edited volumes, producing a cohesively edited volume that will be a great resource for scholars but also lends itself to classroom use. The two editors made the provocative choice to forego both summaries or a synthesis of all chapters, suggesting it is not “the place of this volume to do” so (p. 11). In other words, they allowed the volume to sketch the contours of what extensive studies of migration and mobility in the Russian and Soviet states might bring. The outstanding overview of existing literature, in multiple languages, in the *Introduction*, and the twelve book chapters suggests that there is much to do, but also plenty to build on.

Anika Walke

Christoph Jünke, Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert, Laika Verlag: Hamburg 2014. 319 Seiten. € 21,00

Susanne Martin, Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller, Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster 2013. 262 Seiten. € 29,90

Nach dem Ende der Geschichte ist das politische Engagement in der Krise. Wenn es nur noch ein technizistisches Verständnis von Fortschritt gibt, sind Gedanken an Emanzipation, Befreiung und radikale Umwälzung der Verhältnisse ins Abseits gedrängt. Eine linke Deutungshoheit über gesellschaftliche Konflikte – wenn es eine solche im Ansatz jemals gegeben haben sollte – ist verloren gegangen. Damit steht auch die Figur des Intellektuellen – sowohl in seiner bildungsbürgerlichen als auch in seiner Arbeiterbewegungsvariante – zur Disposition. Auf dieser Grundlage ist eine Suchbewegung in Sachen Vorbilder politischen Engagements und Intellektualität zu beobachten. Dies gilt sowohl für den akademischen Rahmen als auch für die politische Publizistik. Mit *Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert* von Christoph Jünke und *Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller* von Susanne Martin liegen zwei Publikationen aus völlig unterschiedlichen Bereichen vor, die aber beide um die skizzierte Frage nach dem Standpunkt der Kritik – und das sowohl sozial als auch politisch – kreisen. Leider präsentieren beide ausschließlich eine

Männerriege von Intellektuellen – Jünke macht dies stillschweigend, während Martin zumindest dem Einwand Raum gibt.

Martin nimmt zur exemplarischen Grundlage ihrer Auseinandersetzung mit der Rolle der Intellektuellen die Lebensläufe und das Wirken von Theodor W. Adorno, Jean Améry und Günther Anders, die sie im Feld zwischen freischwebender Intelligenz und organischem Intellektuellen verortet. Alle diese drei zeichne inhaltlich vor allem die Beschäftigung mit der Dialektik der Aufklärung, das heißt mit dem Umschlag von Fortschritt in Herrschaft aus. Biografisch prägend sei dabei das Scheitern der Revolution von 1918/19 gewesen, dann das Aufkommen des Faschismus und vor allen Dingen dessen breite Unterstützung oder zumindest Duldung durch eine Mehrheit. Schließlich wurde auch die Erfahrung von Exil und / oder Lagerhaft prägend. Aus zwei paradigmatischen Grunderfahrungen – der Katastrophe von Auschwitz und dem Scheitern orthodox-marxistischer Befreiungskonzepte – speise sich somit das Konzept des nonkonformistischen Intellektuellen. Gesellschaftskritik und Befreiung „neu zu reflektieren“ (S. 116) sei dabei das Ziel gewesen. Das Proletariat werde ersetzt durch „das Individuum in einem emphatischen Verständnis“ (S. 117).

Eine der zentralen Aufgaben, die sich die nonkonformistischen Intellektuellen gestellt haben, war die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Dabei betonten sie die Machtlosigkeit der Intellektuellen und das Scheitern von Aufklärung und Emanzipation angesichts der Vernichtungspolitik des NS, die von einem Großteil der Bevölkerung wenn nicht direkt unterstützt, so doch zumindest in Kauf genommen und zum persönlichen Vorteil genutzt wurde. Das Paradigma der NS-Aufarbeitung verweist in diesem Kontext aber ebenso auf das Eingeständnis des Scheiterns der Arbeiterbewegung. Zudem habe die Erfahrung des Exils eine gewisse intellektuelle Ort- und Heimatlosigkeit produziert und zu einem „Wissen um die spezifische ‚Marginalität‘“ (S. 118) nonkonformistischer intellektueller Positionen in der Nachkriegsgesellschaft geführt.

Dialektik der Aufklärung bedeute Denken im Widerspruch: Nicht die Ausweglosigkeit oder das vermeintliche Ende der Aufklärung stehe dabei im Mittelpunkt, sondern die Diskrepanz zwischen dem Ist-Zustand und den Möglichkeiten, aus der der „kritische Einspruch“ entstehe. „Maßstab der Kritik“ bleibe das „uneingelöste Versprechen“ der Aufklärung (S. 122): „Mit dem Ausdruck ‚Denken im Widerspruch‘ sollen die Theorien der nonkonformistischen Intellektuellen zusammenfassend charakterisiert werden. Sie repräsentieren sowohl eine radikal negativistische (Aufklärungs-)Kritik als auch das uneingelöste Versprechen auf eine befreite Gesellschaft – widersprüchlich“ (S. 123).

Bleibt das Problem der Praxis des Nonkonformismus, das sich als Changieren zwischen dem Typus des Bewegungsinтеллектуellen und dem des klassisch-humanistischen Intellektuellen darstellt. Beide Haltungen werden in Frage gestellt, als nicht mehr adäquat angesehen. Es gehe darum, sich nicht „einseitig vereinnahmen“ zu lassen und „ideologischem Missbrauch“ zu entgehen (S. 124). So entsteht die Idee von der Theorie als Form von Praxis, die aber nicht durch die Forderung nach einer „Praxistauglichkeit“ eingengt werden dürfe. Theoretische Texte werden in diesem Sinne zum diskursiven Ereignis, zur Intervention in eine Debatte um Erkenntnis und Wahrheit. All das verweist auf die Zeitgebundenheit des Typus des nonkonformistischen Intellektuellen. An heutigen Universitäten wäre ein solches Verständnis von Theorie nicht mehr vorstellbar, soziale Reproduktionsmöglichkeiten von Theoriearbeit jenseits der Akademie existieren schlichtweg nicht mehr.

Teil des Paradigmas der Dialektik der Aufklärung enthält auch den Gedanken, dass Fortschritt immer mit einer sich entsprechend weiterentwickelnden Herrschaft korrespondiert und nicht, wie in einem frühen marxistischen Verständnis angenommen, mehr oder weniger zwangsläufig zu Emanzipation und Befreiung führt. Hier wäre der Vorwurf des Stillstandes, den Martin allerdings nicht formuliert, angebracht: In ihrer Abgrenzung beziehen sich die nonkonformistischen Intellektuellen auf einen orthodoxen Marxismus,

der allerdings selbst in dieser Zeit eine theoretische Weiterentwicklung erfahren hat, die allzu oft ignoriert wurde. Diese Weiterentwicklung musste sich allerdings gegen die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung – Sozialdemokratie und Kommunismus – durchsetzen.

Einen differenzierteren Blick auf dieses Feld des politischen Intellektualismus wirft Christoph Jünke in einer Sammlung seiner politischen Aufsätze der letzten 15 Jahre. Er differenziert dabei zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie einerseits – sie kommen ihrem selbstgewählten Anspruch, den Weg zum Sozialismus zu ebnen, nicht nach – und der verdrängten und vergessenen Geschichte des Linkssozialismus, der Abweichler, Oppositionellen und Kritiker der „offiziellen“ Linien der großen linken Strömungen des 20. Jahrhunderts andererseits. Für Jünke ist der Epochenbruch 1989 nur über den „vorangegangenen linken Niedergang“ (S. 13) verständlich. Prägend seien dabei „die enttäuschten Hoffnungen der Post-68er Bewegungen in der sogenannten ersten Welt, die gescheiterte Entstalinisierung in der zweiten und das Verebben des Befreiungsnationalismus in der dritten Welt“ gewesen (ebd.). Jünke lenkt den Blick fort von den Parteiorientierten in Ost und West und betont die Rolle der heimatlosen Linkssozialisten, die die Erfahrung der gescheiterten Revolution und des Faschismus anders verarbeiteten als Adorno, Améry und Anders und deshalb in den Suchprozess nach intellektuellen *role models* mit einbezogen werden sollten. Für diese kritischen Intellektuellen stand die Dialektik von Teilnahme und Widerstand im Mittelpunkt: Wo ist es angebracht, sich in Verfolgung des Ziels der Emanzipation und des Umsturzes der Verhältnisse anzupassen und am politischen Prozess teilzunehmen und an welchen Punkten muss der grundlegende Widerstand in den Vordergrund gestellt werden? Dies ist in der Tat keine Frage, die abstrakt entschieden werden kann. Sie ist stets durch den politischen Gegenstand und die herrschenden Kräfteverhältnisse vermittelt.

Bei seinen Streifzügen durch das rote 20. Jahrhundert begibt sich Jünke auf eine Spurensuche, die als Grundlage einer Sozialgeschichte politischen Engagements verstanden werden kann. Da wäre etwa der Typus des Berufsrevolutionärs, zum Beispiel der weitgehend vergessene Victor Serge, der für eine Stalinismuskritik ohne Renegatentum steht. Unter heutigen Bedingungen ist sein Engagement kaum noch vorstellbar: Berufsrevolutionär und Schriftsteller in sieben Ländern, zehn Jahre Gefangenschaft, Verfasser unzähliger Artikel und von über vierzig Büchern und Broschüren. Serge war Mitarbeiter im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, „die ehemalige linke Sozialdemokraten, Anarchisten und revolutionäre Syndikalistinnen zu einer neuen linken Synthese vereinte“ (S. 64). Die Erfahrung des Stalinismus führte bei Serge zur Formulierung des Programms des „sozialistischen Humanismus“: „Es müsse jedem Sozialisten fortan darum gehen, den Menschen als solchen, seine individuellen Rechte, seine Sicherheit und seinen Wert zu achten und zu verteidigen“ (S. 71).

Der sozialistische Humanismus ist für Jünke eine Art Leitgedanke, dem er auch in der Nachkriegslinken und der Neuen Linken rund um 1968 nachzuspüren sucht. In einem langen Beitrag über Edward P. Thompson widmet er sich ausführlich der Kritik Thompsons an Althussers Text „Marxismus und Humanismus“, in dem dieser wiederum den sozialistischen Humanismus einer radikalen Kritik unterzogen hat. Interessant an dieser für die europäische Linke der 1970er Jahre zentralen Debatte ist, wie verschiedene Theorie- und Praxiskonzepte aufeinander prallen und sich leider auch grundlegend missverstehen: Während die Fürsprecher des sozialistischen Humanismus auf eine politisch motivierte Kritik der Sowjetunion abheben und bürgerliche Rechte als Schutz vor menschenverachtenden, technizistischen Vorstellungen von Fortschritt etablieren wollen, betonen die Kritiker den theoriepolitischen Epochenbruch. Als Wegbereiter des Poststrukturalismus hebt Althusser auf den ideologischen Charakter des Begriffs Humanismus ab, ohne dessen Analyse eine Linke diesen Begriff nicht einfach über-

nehmen könne. Wobei im deutschsprachigen Raum sicherlich die Intervention des Frankfurter Philosophen Alfred Schmidt weit mehr als die Kontroverse mit Thompson dafür gesorgt hat, eine breite Althusser-Rezeption zu verhindern beziehungsweise das Missverständnis vom „Antihumanisten Althusser“ fortzuschreiben.

Exemplarisch steht die Nachbereitung einer solchen Debatte für ein historisches Aufarbeiten des Scheiterns der Linken im „roten 20. Jahrhundert“. Hier liegt die Stärke von Jünkes Ansatz: Vom Linkssozialismus der 1920er Jahre über die heimatlose Nachkriegslinken und die Neue Linke bis hin zum Epochenbruch 1989 und der ideologisch unübersichtlichen Situation um die Jahrtausendwende deckt er einen mehr als großen Zeitraum ab. Zudem zeigt sich Jünkes Verortung in linken Zusammenhängen dadurch, dass er aktuelle Debatten aufgreift und politische Entwicklungen diskutiert. Susanne Martin hingegen kontrastiert den nonkonformistischen Intellektuellen der 1950er und 1960er Jahre mit den Medienintellektuellen von heute, mit ihrer Rolle in der Kulturindustrie und ihrem Begriff von Kritik – somit enden an diesem Punkt auch die Gemeinsamkeiten der beiden Publikationen.

Gottfried Oy

Steven Hirsch / Lucien van der Walt, *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940: The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution*, Amsterdam: Brill Press, 2010. 431 pages. € 115,-

Glauben wir den Medien, ist der Anarchismus im Aufschwung begriffen. Die zahlreichen Übersetzungen der Publikationen von David Graeber in den vergangenen Jahren, die es weit in die Bestsellerlisten schaffen, sind ein Indiz dafür. Die Neuauflage von Emma Goldmanns Biographie *Gelebtes Leben* (Hamburg 2010) und die Gesamtpublikation der Tagebücher Erich Mühsams (Berlin, seit 2011) sprechen zudem dafür, dass sich auch historische Werke einer erhöhten Nachfrage erfreuen.

In der deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft macht sich ein vergleichbarer Trend bisher nicht bemerkbar, wohl aber auf internationaler Ebene. „*Anarchist Studies*“ erfreuen sich in den USA und Großbritannien steigender Beliebtheit, WissenschaftlerInnen wie Judith Butler referieren mittlerweile im Rahmen wissenschaftlicher Anarchismus-Tagungen. In dieser Forschungslandschaft ist auch der Sammelband *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940* zu verorten. Lucien van der Walt und Steve Hirsch legen in diesem Band eine Reihe von Beiträgen über in Westeuropa und den USA noch weitgehend unerforschte anarchistische Bewegungen in den Trikont-Staaten und Irland vor. In der Gesamtheit bestätigt das Buch Eric Hobsbawms Analyse, dass im globalen Vergleich der Anarchismus vor dem Ersten Weltkrieg weit erfolgreicher war als der orthodoxe Marxismus.

Das hebt auch Benedict Anderson in seiner Einleitung zum Band (S. xiii–xxviii) hervor und geht dabei sogar noch einen Schritt weiter: Er vergleicht das Verhältnis von Marxismus und Anarchis-

mus mit dem aristotelischen Gleichnis von Hase und Schildkröte und kommt zu dem Schluss, dass die Schildkröte, der Anarchismus, sich noch immer voranbewege, im Gegensatz zum Marxismus. Die historische Grundlage hierfür sieht Anderson in drei zentralen Elementen der anarchistischen Bewegung: im utopischen Elan, in der Affinität zu bäuerlichen und agrarischen Milieus sowie in einem aktiv praktizierten Internationalismus (S. xv).

Im Gesamtkontext der Beiträge ist insbesondere der letzte Aspekt betonenswert, denn Anderson geht hier darauf ein, dass der Internationalismus der AnarchistInnen in Migration und Vielsprachlichkeit wurzelte: Während Marx Europa nie verlassen habe, war Errico Malatesta auch in Südamerika und Ägypten tätig. In ähnlicher Weise betonen Edilene Toledo und Luigi Biondi in ihrem Beitrag zum Syndikalismus in São Paulo: „[W]ithout immigration, the diffusion of anarchist and syndicalist ideas [...] would not have taken place in the same way“ (S. 369).

Zusätzlich profitierte der anarchistische Internationalismus auch von einer regen Übersetzungstätigkeit der AktivistInnen. Bekanntermaßen gründen AnarchistInnen eine Zeitung, sobald sie zu dritt sind. In der Vergangenheit kursierten die tatsächlich produzierten Publikationen anarchistischer Gruppen oftmals über die Grenzen eines einzelnen Staates hinweg und wurden so zu wichtigen internationalen Austauschorganen, wie etwa in den Beiträgen Dongyoun Hwangs zu Korea (S. 95–126) und Arif Dirliks zu China (S. 131–146) deutlich wird. Auch Kirk Shaffers Beitrag, der auf ein karibisch-mexikanisch-US-amerikanisches Netzwerk von anarchistischen Organisationen fokussiert (S. 273–319), beschreibt, wie dieses Netzwerk durch Migrationsbewegungen wie selbstverständlich ausgeweitet wird und zugleich einen engen Zusammenhalt ermöglicht. Die Beispiele Koreas, Chinas und Japans weisen umgekehrt darauf hin, dass und wie staatliche Konflikte den Internationalismus der Bewegung behindern können.

Die meisten dargestellten Beispiele spezifischer, lokaler und regionaler Bewegungen sind in der deutschen Forschungs- und Be-

wegungslandschaft bisher weitgehend unbekannt, mit Ausnahme der ukrainischen *Machnovščina* sowie der Brüder Magon und der PLM, wobei das in jüngerer Zeit an letzteren angestiegene Interesse vorrangig ein Ergebnis der Aufmerksamkeit für den zapatistischen Aufstand in Chiapas, Mexiko sein dürfte. Den Herausgebern kommt damit der Verdienst zu, den Fokus von Europa und Nordamerika auf die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in den Staaten Asiens, Afrikas sowie Süd- und Lateinamerikas zu verschieben. In ihrem einleitenden Beitrag konstatieren die beiden Herausgeber zum Beispiel, dass der Anarchismus global auftrat, und zwar „simultaneously and transnationally“ (S. liv). Wenn man ihnen im Hinblick auf den Mangel an Aufmerksamkeit für die anarchistischen Bewegungen im Trikont auch recht geben muss, so ist dennoch zu fragen, ob diese Bewegungen nicht doch auf der Adoption einer europäischen Bewegungslehre beruhten. Die Theoretiker, auf die rekurriert wird, sind auch dort in erster Linie Mikhail Bakunin und Pjotr Kropotkin, und auch die analysierten Beispiele von Migration weisen deutlich darauf hin, dass die Idee des Anarchismus durchaus auf den Import europäischer Ideen- und Erklärungsmuster zurückzuführen ist; siehe hierzu unter anderem Malatestas Tätigkeit in Ägypten, die Anthony Gormans darstellt (S. 3–30) oder die von Kirk Shaffer diskutierte Rolle spanischer Migranten in der Karibik, in Mexiko und im Süden der USA. Trotz erwiesenermaßen vorhandener libertärer Tendenzen in bestimmten Kulturen, wie sie zum Beispiel von Christian Sigrist oder David Graeber analysiert worden sind, stieß vielfach ein europäisches Verständnis von Arbeiterbewegung auf andere Gesellschaftskonzepte, die in der europäisch-anarchistischen Tradition durchaus auch fehlinterpretiert wurden, indem etwa indigene gesellschaftliche Konzepte in den Kanon des Anarchismus integriert wurden, ohne deren anderen Bedeutungszusammenhang zu reflektieren. Dennoch ist die Übersetzungsleistung zu betonen, die Benedict Anderson in seinem Vorwort diskutiert (S. xvi): Auch wenn immer die Gefahr bestand, eurozentristische Interpretationen zu übernehmen, war

dieses Potential im Anarchismus offenbar geringer als in anderen Bewegungen. Zudem wurde zwar vielleicht die originäre Ideologie importiert, nicht aber die anarchistische Praxis, wie Toledo und Biondi am Beispiel Brasiliens verdeutlichen: „It is incorrect to conclude that the making of workers' organisations – political, unionist, and mutualist – was simply a result of immigration. Brazil had a long history of struggle experiences, and labour and popular associations“ (S. 370).

In diesem Sinne ist auf zwei im Band immer wieder aufscheinende Elemente des Anarchismus und Syndikalismus hinzuweisen, die in traditioneller marxistischer Theorie gewöhnlich fehlen: zum einen die Berücksichtigung der agrarisch tätigen Bevölkerung, der Bauern und Bäuerinnen, die dem Marxismus lediglich eine „verschwindende Mittelklasse“ waren, zum anderen die Berücksichtigung und Beteiligung indigener Bevölkerungen, insbesondere in Latein- und Südamerika, wie sie etwa Steven J. Hirsch im Hinblick auf Peru analysiert (S. 262). Während Karl Marx und Friedrich Engels von „Völkerabfall“ sprachen und die deutsche Sozialdemokratie zumindest teilweise den Kolonialismus befürwortete, waren solche Positionen im globalen Anarchismus höchstens die Ausnahme. Dass im später hegemonial werdenden Marxismus Mao Zedong der Bauernschaft eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden ließ, ist in diesem Zusammenhang auf seine Beteiligung an der anarchistischen Bewegung Chinas in jungen Jahren zurückzuführen (vgl. den Beitrag von Arif Dirlik, S. 139).

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Frage, wie AnarchistInnen mit Nationalismus umgingen, das heißt mit oder gegen nationalistische Bewegungen kämpften. Prinzipiell, so lässt sich den Beiträgen zusammenfassend entnehmen, gab es für AnarchistInnen drei Möglichkeiten, auf nationalistische oder nationale Befreiungsbewegungen zu reagieren: Erstens konnte man sie aufgrund ihrer nationalistischen Agenda bekämpfen; zweitens konnte man sie zugunsten eigener Schwerpunkte ignorieren; und drittens konnte man aufgrund eines gemeinsamen Gegners,

imperialistischer oder kolonialistischer Fremdherrscher, temporäre Bündnisse mit ihnen eingehen – oft in der Hoffnung, durch Intervention den Nationalismus dieser Bewegungen abzuschwächen. Auch wenn festgehalten werden muss, dass der historische Anarchismus den Nationalismus im Großen und Ganzen abgelehnt hat, wurden alle drei Optionen praktiziert. In China (vgl. den Beitrag Arif Dirliks) und Korea (vgl. den Beitrag Dongyoun Hwangs) etwa unterstützten Anarchistinnen und Anarchisten durchaus offensiv die nationalen bis nationalistischen Bewegungen. In Mittelamerika, aber auch in Irland (vgl. den Beitrag Emmet O’Connors, S. 193–222) beteiligten Anarchistinnen und Anarchisten sich an nationalen Befreiungskämpfen, ohne die nationalistische Ideologie zu übernehmen. Die Probleme dieser Bündnisstrategie werden wohl am Beispiel Mexikos am deutlichsten: Dort schwenkte in der späten Revolutionszeit die syndikalistische Casa Obrera mit Roten Bataillonen auf die Regierungsseite und bekämpfte die aufständischen zapatistischen Bauern (S. 311 ff.). Dies war einerseits ein Bruch mit anarchosyndikalistischen Prinzipien, andererseits der Beginn eines sehr spezifischen mexikanischen Gewerkschaftssystems, das eine weltweit einmalige, krude Mischung aus Syndikalismus und Korporatismus darstellt.

Am deutlichsten wird die Spannung bezüglich der Nationalismus-Frage im Beitrag von Kirk Shaffner: „[T]hose anarchists who followed Bakunin’s reasoning could not escape this tension. The idea of freeing nationalities as part of a global anarchist revolution to allow all peoples to live autonomously meant that when outsiders arrived to help with that revolutionary experiment, they faced the challenge of being seen as just that; outsiders who knew neither the people nor culture, or who perhaps were viewed as taking jobs from the very people they came to organize“ (S. 318).

Die Frage nach dem Umgang mit nationalen Befreiungsbewegungen ist auch heute noch relevant für die anarchistische Bewegung; erinnert sei hier an mögliche Positionierungen gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung, insbesondere angesichts der nur ge-

ring aufgearbeiteten „libertären Wende“ Apo Öcalans, an die andauernden Konflikte um Palästina und Israel, zu denen sich in deutschsprachigen Ländern einerseits und der restlichen anarchistischen Bewegung andererseits sehr unterschiedlich positioniert wird, und an die während der vergangenen zwanzig Jahren ausgetragenen Debatten um den Charakter der EZLN in Chiapas, Mexiko.

In einem kürzlich auf Deutsch erschienenen Beitrag (*Direkte Aktion*, Nr. 209 / 2012, S. 12) hat Lucien van der Walt darauf hingewiesen, dass die Einschätzung, die Zeit des Anarchismus sei mit der Niederschlagung der Spanischen Revolution 1937 vorbei gewesen, eine eurozentristische Betrachtungsweise darstelle. Das ist durchaus in Frage zu stellen, nicht zuletzt auf der Basis des hier vorgestellten Bandes, dessen zeitlicher Rahmen bis zum Zweiten Weltkrieg reicht. Als integraler Bestandteil einer Arbeiterbewegung scheint der Anarchismus tatsächlich ad acta gelegt worden zu sein, letztlich wirkt er heute doch eher als Lifestyle-Bewegung unter Jugendlichen und Intellektuellen oder als „kleinbürgerliche“ Form des Aktivismus – aber dem orthodoxen Marxismus geht es hier nicht anders. Und wo es Ausnahmen von dieser Einschätzung gibt (und diese mehren sich), trifft Andersons Analyse nach wie vor zu: Selbst heutige anarchistische Organisationen wie die CNT (Spanien), die USI (Italien) oder die FAU (Deutschland), die zwar zahlenmäßig klein, angesichts der generellen Bedeutung von Anarchismus aber vergleichsweise bedeutungsvoll erscheinen, verdanken ihre Existenz dem praktischen Internationalismus. Benedict Anderson weist hier konkret darauf hin, dass die Migrationsströme unter AnarchistInnen inzwischen in umgekehrter Richtung verlaufen. Die FAU zum Beispiel entstand in den 1970er Jahren vor allem aufgrund des Engagements spanischer Diktaturflüchtlinge und sogenannter „GastarbeiterInnen“, bei denen die Erinnerung an den spanischen Anarchosyndikalismus noch lebendig war.

Ebenso wie in *Schwarze Flamme* (Hamburg 2013) von Michael Schmidt und Lucien van der Walt nehmen die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Bandes neben der geografischen auch

eine zeitliche Neubestimmung vor: Die Blütezeit des Anarchismus wie auch des Syndikalismus beginnt hiernach in den 1860er Jahren und endet keineswegs mit dem Spanischen Bürgerkrieg. Es ist allerdings durchaus fragwürdig, hieraus den Schluss zu ziehen, die Antiglobalisierungsproteste der 1990er Jahre stünden in einer direkten Kontinuität mit diesen Ansätzen (S. 404): Zwar reflektieren einzelne Formen dieser Proteste – Basisdemokratie, direkte Aktion – anarchistische Einflüsse, die soziale Basis wie auch der kulturelle Hintergrund der Protestierenden unterscheiden sich jedoch sehr stark. In der Tat ist es am ehesten der süd mexikanische Neozapatismus, der anarchistische Impulse aufnimmt, wenngleich die dortigen AktivistInnen in ihrer undogmatischen Haltung gerade solche Kategorisierungen ablehnen. Auch der „praktische Internationalismus“, der, wie die einzelnen Beiträge deutlich herausstellen, aus der Arbeitsmigration entstanden ist, hat deutlich an Elan verloren: Im Rahmen von Solidaritätsbesuchen und Menschenrechtsbeobachtung wird er zwar noch praktiziert, aber nicht mit gleicher Dynamik. Vor allem ist dieser Internationalismus ein asymmetrischer, denn es gibt nur wenige Besuche aus dem Süden und Osten im Norden und Westen, und aus der durchaus relevanten Arbeitsmigration entstehen kaum dynamische Zusammenhänge. Auch die neuen Kommunikationstechnologien heben diesen Mangel an internationalistischer Praxis kaum auf.

Jenseits ideologischer Neuauflagen ist der hier vorgestellten Anarchismus- und Syndikalismusforschung zu wünschen, dass sie auch innerhalb des deutschsprachigen Wissenschaftsbetriebes Wiederhall findet. Dabei gilt es eine allgemeine Faustregel zu beachten: Anarchismus und Syndikalismus sind keine „Ausnahmeerscheinungen“ innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern organischer Bestandteil derselben. Das bedeutet vor allem, dass sich Anarchismus und Syndikalismus nicht kontextlos untersuchen lassen: Gerade in jüngeren deutschsprachigen Untersuchungen wird der Anarchosyndikalismus oftmals dargestellt, als bestünde er unabhängig von marxistischen, sozialdemokratischen oder auch christlichen Arbei-

terbewegungen, als gebe es keine Wechselbeziehungen, keine personellen oder inhaltlichen Überschneidungen und keine gegenseitige Inspiration. Geoffrey De Laforcades' Analyse des argentinischen Syndikalismus (S. 321–361), der eng mit der katholischen Arbeiterbewegung verknüpft war, macht deutlich, dass Analysen vermeintlich ‚reiner‘ Ideologien von Alltag und Praxis sozialer Arbeiterbewegungen weit entfernt sind. Die Politikwissenschaft beginnt sich bereits für das Thema zu interessieren. So wird zum Beispiel demnächst in der Reihe *Staatsverständnisse* des Nomos Verlags, herausgegeben vom Politikwissenschaftler Rüdiger Voigt, ein Band über anarchistische Staatsverständnisse erscheinen. Ob die „Renaissance des Anarchismus“ (*Neues Deutschland*, 8. September 2012) medialer Hype oder frommer Wunsch bleibt, sei dahingestellt, die Erforschung des Anarchismus als historisches Thema aber macht unbestreitbar bedeutsame Fortschritte.

Torsten Bewernitz